

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebkücher u. der Erbeiterchaft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt un-
entgeltlich. Abonnement pro Quartal Mf. 3

erscheint jeden Mittwoch
Redaktionsschluß Sonnabend nachm. 3 Uhr

Abonnements pro halbjährige Peri-
ode 12 Zeilen 50 Pf., für Zahlstellen 30 Pf.

Redaktionsschsel.

Durch das Wiedererscheinen der Fachzeitschrift „Technik und Wirtschaftswesen im Bäcker- und Konditorgewerbe und in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie“ macht sich eine andere Arbeitsteilung in der Redaktion unseres Verbandsorgans notwendig. Vom 1. Januar 1920 an übernimmt die verantwortliche Schriftleitung der „Deutschen Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ Kollege

Anton Lautz,

der Monatsblätter „Der Bäcker“ und „Technik und Wirtschaftswesen“ Kollege

Felix Weidler,

Seite Hamburg 1, Besenkrugberghof 57, 1. Etage,
Zimmer 61. Alle Zusendungen für die genannten
Organe sind immer an die betreffende Adresse zu
richten.

Das Wirtschaftsjahr 1919.

Der Beginn des Jahres 1919, das zunehmend Hinter- und liegt, war nicht vielversprechend, und der Verlauf des Jahres hat gezeigt, daß der Bevölkerungsstand, der in unserer Aussicht auf das Jahr seinerzeit zum Ausdruck kam, mehr als berechtigt war. Dennoch ist heute ein keiner Spur an sozialer Größe und Herrlichkeit. Der wirtschaftliche Boden völlig unterdröhlt, die Kraft der Bevölkerung gebrochen, das Erwerbsleben durch Mangel an Rohstoffen, Materialien und Betriebsmittel zerstört, die Lebensmittelversorgung aufgegeben. Millionen Arbeitslose, hunderttausende stillliegende Betriebe, das war die Beweise, mit der das Wirtschaftsjahr 1919 begonnen werden mußte. Das ganze Jahr stand unter dem Einfluß der militärischen und wirtschaftlichen Demobilisierung, der Kosten, die aus der Waffenstillstandsvertrag auferlegt hat, der politischen Kämpfe und des wirtschaftlichen Niedergangs, der in dem Bau auf Menschen und Produktionsmitteln während vier langer Jahre seine erschöpfende Entwicklung findet. Die Nahrung des Arbeitswillens, das Losstreben einzelner Landesteile vom Futterland, die Raupe und Streit sind natürliche Auswirkungen dieser Zeit politischer Hochjazzierung.

Um aus dieser funktionslosen Krise herauszukommen, bedarf es gewaltiger Kraftanstrenungen, bedarf es einer zielbewußten Wirtschaftspolitik, der Beschaffung von Rohstoffen und Produkten, der Wiedergewinnung früherer Grenzen u. s. m. Von all dem sind wir teils weit entfernt, teils ist die Überzeugung, für manche Dinge noch nicht in die Köpfe eingedrungen, und so stehen wir mitten in einer Entwicklung, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

Die ganze wirtschaftliche Lage Deutschlands im Deutschen Jahr in einem Artikel zu skizzieren, ist unmöglich. Wir müssen uns darauf beschränken, die wichtigsten Fragen kurz zu skizzieren und in der Hauptache die Lage am Schluß des Jahres darzustellen.

Die Wirtschaftslage steht in engstem Zusammenhang mit der Krise der Kohlenbeschaffung. Die Kohle ist das Fundament unserer Zukunft. Eine Kohle kein Bahn- und kein Schiffsvorrat, kein Gas kein Gasfeuer, keine Dampfmaschine und unseres Handels. Heute fehlt Kohle. Und dabei wurde zu Beginn des Jahres 1919 kaum ein Fünftel der deutschen Kriegsförderung zugebracht. Im Laufe des Jahres verlor sich dieses Verhältnis zwar beträchtlich, doch beträgt nach den neuesten Meldungen auch die jetzige Förderung nur etwa 80 vom Hundert der Förderung vor dem Krieg. Die Gründe für den Rückgang sind vor allem in dem Raubbau während des Krieges und in der Erschöpfung der Vorräte durch jahrelange Überarbeit und mangelnde Errichtung zu suchen. Eine weitere Ursache bildet der Mangel an Eisenbahnmaterial, besonders an Lokomotiven. Nicht unerwähnt darf auch bleiben, daß der Friedensvertrag unsrer Kohlemangel in starkem Maße verschärft hat. Der Vertrag hat uns Vorräte mit 5 Millionen Tonnen Kohlen genommen, aus zunächst 15 Jahre ist uns die Kohle des Saargebiets und der Pfalz

(12 Millionen Tonnen) nicht zugänglich; zu alledem wurde uns die Verpflichtung zur Lieferung von 21 Millionen Tonnen jährlich an die Entemündung auferlegt. Damit erklärt sich schon der größte Teil des Ausfalls.

Der Umstand, durch einen katastrophalen Mangel an Kohlen verhindert zu sein, einer äußerst reichen Nachfrage auch nur zu einem Bruchteil nachkommen und eine an sich äußerst günstige Konjunktur ausnutzen zu können — das ist das tragisch zu nennende Schicksal fast aller Industrien Deutschlands. Sie konnten in ganz anderer Weise zur Hebung der Wirtschaftslage beitragen, wenn sie nicht durch die Kohlemangel in einschneidender Weise an ihrer Entwicklung gehindert würden. Dies trifft besonders auf die Eisen- und Stahlindustrie, die chemische Industrie, die Industrie der Steine und Gesteine, die Zementindustrie, die Glas- und die Papierindustrie zu. Die Erzeugungsmöglichkeit der Eisen- und Stahlwerke wird durch die ständige Kohlennot und den Mangel an Transportmitteln und Hilfsstoffen (Kalkstein, Kali, Dolomit) immer stärker beeinträchtigt. Von 62 Hochöfen lagen Anfang Dezember 1919 8 ganz still, eine Reihe arbeiten mit gebrochenen Ofen, von etwa 462 Walzwerken liegen 22 völlig still, von 319 Stahlwerken 53. Die Lage des Eisenmarktes wird immer gespannter und ungewisser. Die Nachfrage ist dürrisch und das verfügbare Material so knapp, daß der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden kann.

Die Werke sind in der begrenzten Erzeugungsmöglichkeit auf viele Monate hinaus voll beschäftigt. Das Zusammenhang mit der Schwerindustrie ist die Wiesenseitigkeit. Die vorhandenen Betriebe sind von innen und ausländischen Märkten fast restlos ausgelöscht. Den neuen Aufträgen kann die Industrie infolge Rohstoffnot, Rohstoffmangels und Transportschwierigkeiten nicht im entfernsten entsprechen. In der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie sind infolge Kohlen- und Rohstoffmangels Stilllegungen an der Tagesordnung. Aufträge sind übertrieblich vorhanden, momentan aus dem Ausland mehren sich die Anträge. Daselbe gilt für die Verkehrsmittelindustrie. In der chemischen Industrie fehlen neben Stahl und anderen wichtigen Rohstoffen auch zu dieser Industrie infolge Rohstoffnot die Rohstoffe aus dem gesamten Ausland verhältnismäßig sehr leicht. Die Papierindustrie ist bei starker Nachfrage durch Mangel an Stahl, Bellstoff, besonders gebrechtem Bellstoff und Holzschiff beklagt. Die Messinginstrumenten- und die Möbelindustrie können fast läufig sein, doch fehlt es an Stahl, an Leim, Spiritus und an Edelholzern. Die gesamte Lage der Textilindustrie ist infolge Mangels an Rohstoffen und Stahl unerträglich. Der Zustand des Marktes schlägt die Bindung großer Mengen Rohstoffe aus.

Die Regierung hat dem funktionslosen Rohstoffmangel zu begegnen versucht durch die zeitweilige Fixierung des Personalaufwands. Die davon geknüpften Erwartungen sind nicht erfüllt worden. Die Abfuhr der Kohlen, die in den Rohstoffgebieten auf den Halden liegen, war zwar klar, aber im ganzen war die ganze Sache ein Kropfen auf einem heißen Stein. Doch zu diesem Mittel überhaupt gegriffen werden mußte, bedeutet gell die schwere, wirtschaftliche Not, in der wir uns befinden.

Zum Teil könnte der Rohstoffmangel behoben werden, wenn die Verkehrsverhältnisse besser wären. Wir haben 5000 Lokomotiven und 150 000 Güterwagen an die Entente abliefern müssen, und die gewaltigen Anforderungen wurden 4½ Jahre hindurch an unsere Eisenbahnen gestellt. Dadurch ist der Druck, der vor den Lokomotiven, den Wagen und den Bauten wie der lebende des Personals, stark in Willekehrsrichtung gezogen worden.

Neben der Kohlen- und Rohstoffnot find Schleichhandel und Raupe zwei Dinge, die am Nachtlager unseres Volkes jagen. Wucher und Schleichhandel sind Folgen des Mangels,

dieser wiederum wird gesteigert durch gewissenlose Erzeuger, die wichtige, für menschliche Ernährung dienende Lebensmittel versüfftern oder — auf noch höhere Preise hoffend — zurückhalten, wobei sehr viel verdächtig. Es soll nicht verkannt werden, daß die deutsche Landwirtschaft infolge des Krieges unter sehr schwierigen Verhältnissen arbeitet. Besonders schlimm sieht es in der Viehhaltung aus. Die Bestände sind durch die jahrelangen und noch aufrechtihaltenen Zwangsablieferungen zusammengekrümpt, so daß hieran eine leidlich gerechte Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fett scheitert. Deutschland ist daher unbedingt auf die Einfuhr ausländischen Fleisches und Fleisches sowie auf die Einfuhr von Fett, Butter und Wachs angewiesen. Die Landwirtschaft fehlt Futtermittel und Düngemittel, besonders Superphosphat, Thomas-mehl und Rohphosphate. Der Unterboden ist in ganz Deutschland in bezug auf Stickstoff sehr ausgehungert. Die iranische Erzeugung dieser für die Landwirtschaft unentbehrlichen

Dinge muß ganz bedeutend gesteigert werden; die Einfuhr von künstlichen Düngemitteln kann sich mit Sicherheit auf die ungünstige deutsche Valuta und den Mangel an Schiffstrauß nur in sehr engen Grenzen bewegen. Doch wird auch der Auslandspreis sehr hoch sein und noch höher werden, was wiederum den Preis der landwirtschaftlichen Produkte beeinflusst. Die iranischen Kreis- und Abzugsverhältnisse sind bei einem Weltkrieg wie Schwefelkonzentrat Ammonium von den weltwirtschaftlichen Verhältnissen nicht zu trennen, ganz wie in Zukunft sowohl wirtschaftlich wie politisch in hohem Grade von unsrem Feinden abhängig sein werden. Ein Beispiel dafür ist die in dem Friedensvertrag festgelegte Verpflichtung Deutschlands, während der nächsten drei Jahre jährlich 30 000 Tonnen Schwefelkonzentrat zu Preisen sprechen an Frankreich zu liefern, eine Verpflichtung, die unter den augenblicklichen Umständen nur als außerst ungünstig für die deutsche Landwirtschaft bezeichnet werden kann. Der Landwirtschaft fehlen — wie der Industrie — bestimmte Rohstoffe, zum Beispiel Drahtseile, Petroleum für Lichtzwecke, Benzol und elektrische Energie sowie Geräte. Was gebraucht wird, ist sehr teuer oder auch nur zu Schleichhandelspreisen zu bekommen. Neben der unzweckhaften auch bei den Bauern vorhandenen großen Gier nach Geld müssen diese Dinge bei der Bereitstellung der Preise landwirtschaftlicher Produkte mitberücksichtigt werden.

Noch fürstlich erfolgten Ausführungen des Reichswirtschaftsministers sollen wir mit einer einigermaßen ausreichenden Versorgung mit Lebensmitteln rechnen dürfen. Die Schwierigkeiten unserer Versorgung sind freilich damit nicht besehnen. Die Vorgänge auf dem „Schiebermarkt“ lassen die Meinung vieler begreiflich erscheinen, daß die breiten Volksmassen viel besser mit Nahrungsmiteln versorgt werden könnten, wenn den Schiebern mehr als bisher auf den Leib gerückt würde. Weite Volkskreise vertreten sogar die Ansicht, daß wir genug Lebensmittel im Lande haben, um alle Soldaten ausreichend ernähren zu können. Es müßte nur der iranische Schleichhandel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterbunden werden. Beim „Sich im Beste“ im besetzten und unbesetzten Gebiet trifft dies fürchterlich in Erscheinung. Lang Verbote und Androhung hoher Strafen schwängelt man Waren ohne Einfuhrerlaubnis vom Ausland ein und bringt sie als „Auslandsware“ zu enorm hohen Preisen an den Mann. Köln ist das große Hauptquartier der Schieber, obwohl es von englischen Truppen besetzt ist. Das Einfuhrverbot und Ausstrom von Waren über die westlichen Grenzen brochen die geregelte Wirtschaft völlig zu ersticken. Versuche zur Behebung dieser wirtschaftlichen Not sind im Gang; es ist eine Einfuhrkontrollstelle für ausländische Lebens- und Futtermittel gebildet worden, auch soll eine Kontrollgrenze auf dem rechten Rheinufer gebildet werden oder werden. Viel nützen wird es aber nicht; auf dem rechten Rheinufer hat die Regierung gar nicht die nötigen Organe zur Verfügung, um eine wirksame Kontrolle durchzuführen. Die Kontrolle muß an der Landesgrenze erfolgen und kann erst ausgeführt werden, wenn der Friedensvertrag in Kraft ist; aber wenn wenigstens mit der Entente ein Vereinbarung erzielt ist, das uns ermöglicht, in den linksrheinischen Gebieten unsere wirtschaftliche Gesetzgebung zur Anwendung zu bringen. Im Zusammenhang mit dieser Frage einige Worte über unsere Valuta. Im Stand der Valuta, das heißt des Preises des heimischen Geldes im Verhältnis zu ausländischen Geldsorten, spiegelt sich das Verhältnis des Auslands zu der Wirtschaftskraft und Arbeitsfähigkeit eines Landes; der Glaube an Deutschlands Aufrichtigkeit und damit eine dauerhafte Grundlage für die Hebung des deutschen Wertes wird aber erst wiederkehren, wenn wir die herrschenden inneren Widerstände überwunden haben, ferner wenn wir sichere Grenzen haben, die das Wirtschaftsgebiet zwischen Ein- und Ausfuhr ausgleichen lassen.

Unsere Wirtschaftslage weist eine ganze Reihe nachhaltiger Erfolgszeichen auf; das Wirtschaftsleben des Auslands in die deutsche Wirtschaft sollte also im Schwanken begriffen sein. Der wahre Grund des Einsturzes der deutschen Valuta ist auch jetzt nicht unsere Wirtschaftslage, sondern die iranische Kapital. Die Lendenz, erworbene Kapital in ausländischer Währung unterzubringen, läßt sich schon seit Monaten an den deutschen Börsen beobachten. Dazu kommt folgendes: Seit im September die Waffenstillstandsverhandlungen in Verbindung mit der Nahrungsmitteleinlieferung des deutschen Volkes gebracht wurden, inbei als Gegenvorteile für auswärtige Nahrungsmitte nur Gold oder ausländische Werte in Frage kamen, blieb für den deutschen Börsenjobber das Gejagte. An den Börsenplätzen sammelten sich bekannte und unbekannte exotische Werte, die der Regierung „zum Tagestaus“ angeboten wurden. Dieser stieg von Tag zu Tag oft in beg

abenteuerlichsten Weise, und die „kausien“ südamerikanischen Einheiten wurden „zum Tagessatz“ dem armen deutschen Vieh aufgeschossen. Die Fälle sind sehr zahlreich, daß deutsche Kaufleute sich ihre Waren überhaupt nicht nach Deutschland bezahlen lassen, sondern sich im Ausland Guthaben anlegen. Dies muß in letzter Zeit in vermehrtem Maße der Fall sein, sonst könnte es nicht vorkommen, daß am Berliner Devisenmarkt nicht genügend ausländische Wechsel vorhanden sind, um die Nachfrage zu befriedigen. Nationales und internationales Kapital haben sich zusammengetan, um sich, das gleiche gleich, an dem noch zudenden deutschen Wirtschaftskörper zu nähren. Auf einer Seite werden deutsche Waren ins Ausland geschoben, um dort Geld einzusammeln, auf der anderen Seite haben wir Milliardenwerte unnötiger Einfuhr. Nach vorliegenden zuverlässigen Schätzungen sind durch das „Loch im Westen“ bis Anfang Oktober für etwa 18 Milliarden Mark Waren eingeführt worden, davon höchstens der vierte Teil notwendige Lebensmittel und Rohstoffe waren. Allein an Zigaretten wurden für einen 4 Milliarden eingeführt. Zu jener Zeit, wo die deutschen Ernährungsbehörden große Rübe hatten, für 40 bis 50 Millionen Mark Devisen zu beschaffen, um die nötige Fettversorgung für ein hungrzendes Volk sicherzustellen, wanderten für viele hundert Millionen französische Parfümier-, Luxusseifen, Modeartikel und Potentaten unter Billigung und Förderung der Entente nach Deutschland und verschlechterten die Kaufkraft des Landes.

Es muß sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr nach bestimmten Richtungen hin (notwendige und andererseits überflüssige Gebrauchsgüter) beeinflußt werden. Die Einfuhr unzähliger Waren und die Verschleuderung deutscher Waren ins Ausland sind eine ungeheure wirtschaftliche Gefahr. Die Regierung und die Unternehmer müssen das in seiner ganzen Bedeutung erkennen. Die Hebung der Produktion durch die Arbeiterschaft ist zwecklos, solange der ganze Ertrag ins Ausland abfließt und von dort nicht zurückkehrt, und die jetzigen Zustände führen lediglich zu immer weiter steigenden Preisen. Dies wiederum macht eine weitere Steigerung der Löhne unabwendbar. Und so geht es im Kreislauf fort.

Die Leidtragenden sind dabei stets die Arbeiter; denn die Spannung zwischen den Löhnen und der Lebenshaltung ist daran, daß eine menschenwürdige Existenz nicht möglich ist. Trotz der „hohen“ Löhne ist die Lage der Arbeiterschaft höchst unbefriedigend. Der Reallohn ist ganz bedeutend gesunken. An die Verschlechterung der Lebenshaltung haben wir uns durch den Krieg daran gewöhnt, daß wir kaum noch daran denken, Löhne zu fordern, die der Kaufkraft der Löhne der Vorkriegszeit entsprechen. Das müßten Löhne sein, die die Friedenslöhne um mindestens das Fünffache übertreffen. Die vorliegenden Unterlagen beweisen, daß die Lohnsteigerungen weit hinter der Steigerung der Preise für die Lebensbedürfnisse zurückgeblieben sind.

Nach statistischen Berechnungen, zum Beispiel die die Hamburger Gewerkschaftskommission in der letzten Zeit angeholt hat, braucht eine fünfköpfige Familie M 717,40 monatlich für ihre Erhaltung. Nach einer andern Berechnung, die auf Berechnung der französischen Nachhaber im besetzten Gebiet vorgenommen wurde, kam man sogar auf über M 1200 monatlich für eine vierköpfige Familie. Die Angaben von R. Galster haben zwar in ihrer Abschätzung keinen Anspruch auf Richtigkeit, zu Vergleich mit früheren Jahren eignen sie sich jedoch vortrefflich. R. Galster berechnet eine Durchschnittsgröße von M 85,57 für den Monat September gegen M 28,14 im September 1914, M 39,93 im Jahr 1915, M 53,55 im Jahr 1916, M 54,37 und M 60,54 in den Jahren 1917 und 1918. Das besagt, daß die Lebensmittel auf Grund dieser Berechnung im September 1919 rund dreieinhalbmal soviel kosteten als im September 1914. Diese Rechnung wird von Fachleuten noch für viel zu günstig gehalten. Der berühmte Statistiker Dr. Auguste hat berechnet, daß gegen 1914 eine Preissteigerung um das Fünffache eingetreten ist. Die Berechnung erfaßte nur die rationierten Nahrungsmittel. Da diese knapp drei Fünftel des Nahrungsmittelbedarfs eines erwachsenen Mannes zu decken vermögen und gegen den erforderlichen Preis im freien Handel und im Schwarzhandel bedenkt werden muß, so ergibt sich eine sechsfache bis siebenfache Mehrzahme, um seit zu werden. Dabei sind die übrigen Lebensbedürfnisse, Kleidung, Brennmaterial usw. noch weit stärker im Preis gestiegen als die Nahrungsmittel. Das die Menschen — bis jetzt — nicht in ganz gleicher Weise gestiegen sind, schafft keinen Ausgleich.

Zu allem gesellen sich die erhöhten Steuern, die als Folge unserer Niederlage in einem aller Extrömischen überzeugendem Maß von uns gefordert werden müssen. Ein Maßstab wäre unvollständig ohne Berücksichtigung der beiden Freien, die die Eliten im nunmehr verfehlten Jahr auf das lebhafte beschäftigten: Betriebsratgebet und Sozialisierung der Produktionsmittel. Dass eine sofortige Sozialisierung größerer Teile der deutschen Industrie nicht möglich ist, haben wir einsehen lernen müssen. Wenn die Umformung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsweise erfolgen soll, muß ein bestimmter Übergang an Werten vorhanden sein. Deutschland ist aber „ausverlaufen“, wir haben Kapitalwirtschaft und müssen zunächst die Produktion steigern, um überhaupt zu können. Das ist nicht gesagt, daß auf dem Gebiete der Sozialisierung nicht mehr geschehen können. Es ist viel unterlasser, viel versäumt worden. Der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist nicht immer in der einzigen sozialen Form geführt worden. Auch bei den Gewerkschaften war es vieles verfehlt.

Diese Tatsachen bilden in der Arbeiterschaft große Erregung ausgelöst: beide Freien haben auch zu schweren Einsprüchen mit dem Kaiserreich und der Reaktion gekämpft, um diese Freiheit wenigstens zu einem Augenblicken zu bezwingen. Alle diese Kämpfe hatten aber zum höheren Anteil der Arbeiter geführt werden können, wenn die Eliten der Reaktion geschlossen gegenüberstanden. Seine der sozialistischen Varianten wird — darüber ist sich wohl jeder Arbeiter klar, der vor der Notwendigkeit sieht die Augen verschließen — in absehbarer Zeit allein eine Freiheit im Parlament haben; aber bereits würden sie eine Macht erhalten, gegen die die Reaktion ihre Ansichten auf Kapitalwirtschaft und Entzettelung nicht durchsetzen konnte, und die die Errungenheiten der Revolution hochhalten und zuhalten kann.

Mitglieder!

Bestellt sofort bei Euren Zahlstellen-
leistungen oder Vertrauensleuten

Zeitung und Wirtschaftswesen im Bäder- und Konditoreigewerbe,

unser von Mitte Januar 1920 an monatlich einmal wieder erscheinende Fachzeit-
schrift. Sie bringt reichhaltiges, durch
Abbildungen erläutertes Material, das
für die Kollegenschaft aller unserer Berufs-
arten von großem Wert ist. Bezugspreis
für das Vierteljahr M. 3, Einzelheft M. 1.

Wie sich unsere wirtschaftliche Zukunft gestalten wird, vermag also niemand zu sagen. Die psychologischen Momente sprechen aber deutlich für eine aufsteigende Wirtschaft, eine physische und psychische Erholung, die der Produktionsfähigkeit zugute kommen muß. Wir haben an anderer Stelle schon gesagt, daß allem Anschein nach von einem Gesundungsprozeß des deutschen Wirtschaftskörpers gesprochen werden können. Aber wir dürfen keinesfalls annehmen, daß die Hauptchwierigkeiten überwunden sind. Unser Rückblick zeigt den Stand der Dinge zur Zeit, und dieser Stand ist keineswegs tröstlich. Solange der ungemeinerliche Ließstand der Valuta bleibt, kann das deutsche Wirtschaftsleben überhaupt nicht auskommen.

Die Unterstützung unserer österreichischen Brüder,

zu der von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde aufgerufen wurde (siehe letzte Nummer des Verbandsorgans), mit angesichts der neuesten Berichte aus Österreich mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Wir fordern unsere Kollegenschaft auf, sich recht tatkräftig an diesem Aufrufe zu beteiligen! Helft diesen Unglüdlichen ohne Skäm! Je lebensstärker das österreichische Proletariat erhalten bleibt, um so nachhaltiger wird es für unsere Ziele kämpfen können!

Lohnbewegung in Dresden.

Am 14. Dezember fand eine öffentliche Bäder- und Konditoreiveranstaltung in der „Gewerkschaftshalle“ statt. Zur Tagesordnung standen: 1. Bericht über die Tätigkeit des Fachausschusses. 2. Sind unsere reihigen Löhne in beiden Gewerben noch zeitgemäß?

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Friedrich. Er schilderte eingehend den Aufbau des Fachausschusses, der sich auf den ganzen Gemeindeverband des Kommunalbezirks Dresden erstreckt sowie das Bestreben der Innungen, den Fachausschuss in ihrem Sinne gestalten zu wollen. Unter andern hatten wir in der Frage des Lehrlingswesens den Antrag gestellt, Ostern 1920 dürfen keine Lehrlinge in den Bäderbetrieben einsetzen werden. Bei der Abstimmung zeigte sich der gelbe Vertreter in seiner ganzen Rücksicht und Siebel mit den Innungen, er stimmte schlüssig gegen unsern Antrag. Unser Antrag gelangte nur dadurch zur Annahme, daß ein Arbeitgeber und der Vorsteigende für uns stimmt. Hier zeigt es sich wieder, daß ein Gelber niemals als Vertreter der Gehilfenchaft in Frage kommt. Demzufolge muß es unser Bestreben sein, diesem Gelben im Fachausschuss das Handwerk zu legen.

Zum zweiten Punkt wurde Bericht gegeben von der im November stattgefundenen Betriebsausschließung, welche sich mit neuen, der Zeit entsprechenden Lohnforderungen beschäftigt hatte. Die Forderungen wurden als berechtigt erkannt. Nur der Gelbe, Bebold, war mit seiner Lastunde dagegen. Er wollte, daß erst der jetzige Tarif, in puncto Löhne, restlos auflöst werde, ehe eine neue Forderung erledigt werden könne, und daß bei kommenden Lohnbewegungen wir mit den Gelben zusammen passieren sollten. Es hieß einen Pakt mit dem Teufel machen, wollte man sich in Zukunft der Gelben bedienen. In der Diskussion mußte der Führer der Gelben sich manche bittere Wahrheit sagen lassen. Ein Redner brachte den Antrag ein, den Lehrling in eine jährlich steigende wöchentliche Arbeitsentschädigung bei unseren Fertigungen mit heraufzuholen. Weiter wurde der Antrag eingebracht, eine allgemeine Tarifregulierung vorzunehmen. Alle Anträge wurden gegen die Stimmen der Gelben angenommen.

Alleinredner gaben der Verbandsleitung den Antrag, alles zu versuchen, damit Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden können. Ein Antrag, den auch der gelbe Häupling seine Zustimmung gab, besagte, daß die in Arbeit stehenden den Erwerbslosen durch eine finanzielle Unterstützung die wirtschaftliche Notlage etwas lindern sollen. Der Antrag wurde von den Erwerbslosen zurückgewiesen mit der Begründung: Die Erwerbslosen wollen Arbeit, aber kein Almosen. Auch die Frage der Bleihaltungsentfernung wurde von mehreren Rednern in dringende Erinnerung gebracht. Ein weiterer Antrag forderte die Einführung der vierstündenschicht, um Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ein Bädermeister wollte der Versammlung die Notlage des Kleingerwerbes plausibel machen. Schließlich wurde die Verbandsleitung beauftragt, mit den Betriebsausschüssen die Vorarbeiten zur Lohnregulierung vorzunehmen. Die erwerbslosen Löhne sollen ab 16. Dezember gesteigert werden. Die Erwerbslosen erklärten sich zu den Forderungen und der Tarifregulierung solidarisch. Die ausgestellten Forderungen betrugen:

Für Gehilfen in Betrieben mit bis 1 Beschäftigten	M. 120
Über 4	120
Hilfsarbeiter	166
Hilfsarbeiterinnen	76

für Lehrlinge eine Arbeitsentschädigung pro Woche von M. 5 im ersten Lehrjahr, von M. 10 im zweiten Lehrjahr und von M. 15 im dritten Lehrjahr.

In Buna haben die Mitglieder der Mühlenvorstellung den zuvor abgeschlossenen Tarif gefündigt. Unsere Piranze-Kollegenschaft hat sich aus diesem Anlaß die Forderungen der Dresdner Kollegenschaft zu eigen gemacht.

Die Stellung der Bäder Hannovers zur Kommunalisierung.

Am 5. Dezember war das ganze Bädergewerbe Hannover-Linden im großen Saale des „Volkshaus“ versammelt, um sich mit der Sozialisierung respektive Kommunalisierung des Bädergewerbes zu beschäftigen. Einberufen war unser Centralverband. Über 1000 Berufsangehörige, Brotfabrikanten, Bäckermeister, Bädergehilfen und Lehrlinge, waren dem Aufruf gefolgt. Die Arbeitgeber besonders hatten von dieser Einladung reichlichen Gebrauch gemacht. Außerdem hatten die Brotfabrikanten ihren Schnitt, Herrn Schulte, aus Essen kommen lassen. Die auf den Wegen gelber Organisationen wandelnden Bäckermeistersöhne hatten den Präsidenten des gelben Bäcker- und Streicherkbundes, den Herrn Wischinski aus Berlin, berufen. Es war also für das Bädergewerbe Hannovers ein großer Tag. Das Referat hatte Bezirksteleiter Weber übernommen. Er legte ausführlich dar, daß die bürgerlichen Parteien, die bei den letzten Wahlen sich fast alle für eine Sozialisierung ausgesprochen haben, nunmehr zum Teil diese Frage dazu benützen, gegen die Sozialdemokratie Stimmen zu machen. Seit Wochen treibt die Deutsch-hannoversche Partei eine wilde Hetze gegen den Oberbürgermeister Reinert und beschuldigte ihn, daß er die Gemeindebildung Linden nur deswegen so eilig betrieben habe, um sich vor den Neuwahlen eine sozialistische Mehrheit im Stadtparlament zu schaffen, mit der er dann seine Sozialisierungspläne im Bäcker- und Schlachtergewerbe in Angriff nehmen könne. Der Sozialisierungsgedanke sei ja gar kein Kind der Revolution, sei vielmehr ein Vermächtnis der alten erprobten Führer, wie Bebel, Marx und andern. Gest, nachdem die Sozialdemokratie zur Macht gelangt sei, hätte dieser Gedanke seiner Verwirklichung. Redner gab dann eine Darstellung der Auswirkung der kapitalistischen Tendenzen und stolz diese Ausführungen mit der Ansicht, daß die Sozialisierung die einzige Möglichkeit sei, dem zerstörten Deutschland wieder auf die Beine zu helfen. Er lehne aber eine wahllose Sozialisierung ab, müsse vielmehr verlangen, daß man erst dann an die Stelle kapitalistischer Wirtschaft die Gemeinwirtschaft setze, wenn man die Gewähr habe, daß für die in Frage kommenden Wirtschaftszweige die als notwendig anzusehenden Voraussetzungen erfüllt seien. In dieser Hinsicht stelle er sich auf den Standpunkt der programmatischen Erklärung der Sozialisierungskommission. Somit müsse für bestimmte Wirtschaftszweige die kapitalistische Produktion sofort abgelöst werden. An Hand reichhaltigen Materials belegte Weber diese Möglichkeiten. Nebenhergehend zur Frage der Sozialisierung der Bäderen stellte er sich auf den Standpunkt, daß diese Frage für ihn nicht als sprachreif anzusehen sei. Wenn auch ein großer Teil seiner Kollegen auf dem Standpunkt einer sofortigen Vollsozialisierung respektive Kommunalisierung der Bäderen steht, so sei er demgegenüber doch der Meinung, daß die Schäden, die insbesondere für die Arbeitnehmer eintreten können, doch wohl zurzeit nicht in ausreichender Weise ausgeglichen werden können. Das Bädergewerbe am Ende sehe sich in seinem größten Teil aus Biergärtchen zusammen. Die Herstellung des Brotes in kommunalisierten Großbetrieben, welche ja vom hygienischen sowohl wie wirtschaftlichen Standpunkt heraus zu begrüßen sei, würde eine so grohe Zahl überflüssiger Arbeitskräfte bringen, daß schon diezeit Einwände entstehen, unter den gegebenen Umständen die Frage als definitiv angesehen. Redner empfahl, zunächst die Vorarbeiten für eine spätere Sozialisierung zu leisten. Er erbat vor allem in der größtmöglichen Förderung der Konsumgenossenschaften, die er als eine Etappe auf dem Wege zum Sozialismus bezeichnet, diese Möglichkeit und ist weiter der Meinung, daß die Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch eine gute Plattform hierfür abgeben, indem sie der Wiederaufrichtung der zerstörten deutschen Volkswirtschaft die Wege ebnen. Weber wies noch statistisch nach, wie nötig es sei für die Arbeitnehmer des Bädergewerbes, zunächst deren Berufsentnahmen zu sozialisieren. Besonders ermahnte er die Arbeitgeber, nicht, wie bisher geschehen, durch übermäßige Lehrlingszüchter das Bäderhandwerk einer Katastrophen entgegenzutreten. Im Bezirk Hannover kommen heute auf 100 Gesellen 157 Lehrlinge, so daß jeder Geselle in 1 Jahr 11 Monaten durch neue Gesellen ersetzt werde. Die Ausführungen wurden mit größter Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall aufgenommen und mit den Worten geschlossen: Die Sozialisierung ist ein geschickliches Werk; würde diese naturnormale Entwicklung durch Unverständ oder Widerwilligkeit seitens der Unternehmer aufzuhalten oder zu stören versucht, dann könnte doch das Dichterwort Schillers Wahrheit werden: Vor dem Sklaven, wenn er die Ketten bricht, vor dem freien Manne ergöttere nicht!

Als erster Plausionsredner sprach der gelbe Bundespräsident ½ Stunden lang über die Notwendigkeit der schnellen Herbeiführung des freien Handels. Die Baumwollwirtschaft sei an allem schuld. Er erklärte, daß er nach Hannover gekommen sei, weil man hier einen sauberen und saftigen Plan habe zur Kommunalisierung der Bäderen. In 6 Großbetrieben solle der gesamte Brotbedarf hergestellt werden. Vor dem Untergang des Bäderhandwerks könne nur ein gelber Bund retten. Der Redner mußte seine Ausführungen, welche durch ihre Länge den Unwillen der Versammlungsmehrheit auslösen, abbrechen, als er nach ½ Stunden noch versuchen wollte, das Verhalten der Centralverbänder zu kritisieren, weil sie dem gelben Bund keinen Sitz in der Arbeitsgemeinschaft einzuräumen wollten. Die Ausführungen W.s fanden keinen Beifall bei den Kleinsten. Dann sprach Obermeister Billmann in eintrücklicher Weise. Er erklärte, daß der Innungsvorstand auf dem Standpunkt steht, daß nach-

und Sonntagsarbeit zwei Dinge seien, die sie nie wieder zurückwünschten. Gegen Innungsmitglieder, die dennoch dagegen handeln, würde der Vorstand energisch Stellung nehmen. Im übrigen legte Willmann seinen ablehnenden Standpunkt in Sachen der Kommunalisierung dar. Der Syndikus der Brotfabrikanten, Herr Schulte, betonte, daß, wenn auch die Frage zurzeit für Hannover noch nicht spruchreif wäre, so doch immerhin noch Gefahr genug vorhanden sei, insbesondere da Oberbürgermeister Leinert auf dem Deutschen Städte-, einer sofortigen Kommunalisierung des Bädergewerbes das Wort geredet habe. Weitner lobte jede Sozialisierung ab in Rücksicht auf die Lage Deutschlands. Er erläuterte ferner namens seiner Organisation, daß denbar Beste tun zu wollen für Herbeiführung sozialer Arbeitsverhältnisse durch Zusammenarbeit der Beteiligten in der Arbeitsgemeinschaft sowie in den Betrieben mit den Ausschüssen. Seine Organisation erkenne die Betriebsdemokratie als durchaus berechtigt an; der Herr-im-Hause-Standpunkt sei ein Prostift, welches in die heutige Zeit nicht mehr hineinpasse.

Die Kollegen Herbst und Schill sprachen sich dann in warmen Worten für eine sofortige Kommunalisierung der Bäckereien aus. Sie gehen dabei von dem Gedanken aus, daß der unsinnige Biergabekreis im Bädergewerbe außerordentlich brotverzehrend wirke und daß außerdem die Brotherstellung in nicht immer einwandfreien Kleinbäckereien erfolge, ferner sei das durchaus unsoziale und unmögliches Verhältnis des Kost- und Logisatzunges für Gesellen und Lehrlinge ausreichender Grund zu einer solchen sofortigen Maßnahme. Im Schlussoort unterstrich Weiber die Ausführungen Schultes, er stellte ferner das Verhalten der gelben Bädermeistersöhne an den Pranger, welche sich zur Rettung ihres Handwerks den gelben Bundespräsidenten von Berlin kommen ließen. Redner hofft, daß die Innung hiermit nichts zu tun habe, denn wenn der Beruf des gelben Präsidenten eine Kampfansage für die Gehilfen sein sollte, so wolle er den Herren nur sagen, daß sie mit solchen Dingen die geschlossene Front der Gehilfen heute nicht mehr setzen könnten. Der fertige Plan einer Kommunalisierung, von dem Wieschnöckli rede, sei eine Phantasie, die man sich absichtlich in Erwähnung anderer greifbarer Beweise zurechtgemacht habe, um damit Meister und Gesellen sowie Lehrlinge gräselig zu machen. Die Stellung des Verbandes habe dem gelben Meister das Wasser abgegraben und nun nehme man zu handgreiflichen Unwahrheiten die Zuflucht, nur um die gelbe Organisation an den Mann zu bringen.

Verbandsnachrichten.

Schauanmahnung des Verbandsvorstandes.

Nachstehenden Zahlstellen wurde auf Antrag die Genehmigung erteilt ab 1. Januar 1920 Zollabträge zu erheben:
Frankfurt a. M. Auf die Marken à 100 und 120 Pfennig 10 Pf. 90 Pf.; es betragen demnach die Beiträge 40, 90, 120 und 160 Pf.

Offenbach a. M. Für diese Zahlstelle gelten dieselben Beiträge wie für Frankfurt a. M.

Duisburg. Auf die Marken à 80, 100 und 180 Pf 10 Pf. Celle. Der Zollzuschlag wird von 5 Pf auf 10 Pf für alle Beiträge, ausschließlich der 20-Pf-Marke, erhöht.

Quedlinburg. 10 Pf Zuschlag auf alle Marken ab 1. Januar, mit Ausnahme der zu 20 und 40 Pf.

Auf Antrag der Bezirksleitung Bremen werden die Ortsgruppen Begeister und Delmenhorst vom 1. Januar an als selbständige Zahlstellen genehmigt. Die Beiträge betragen in beiden Zahlstellen 40 und 160 Pf.

Der Verbandsvorstand.

G. L. Jos. Dietrich, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 21. bis 27. Dezember gingen folgende Beiträge ein:
Für Nürnberg 1.277,60, Liegnitz 301,86, Kaiserslautern 154,25, Oberhausen 175,30, Bielefeld 3916,60, Friedberg 26,90, Guben 118,75, Magdeburg 8346,80, Herne 166,05, Solingen 802.

Von Einzelzählern der Hauptklasse: H. F. Görlitz 12, H. Sp. Görlitz 19,70.

Für Abonnements und Annoncen: R. U. Berlin 1,6, Innungsklasse Berlin 11, Innungsklasse 18.

Für Geschichts der Bäcker- und Konditorenbewegung: Hindenburg 1,80, Liegnitz 9, Remscheid 9, Herne 18.

Für Jahrbücher: Käthor 1,2, Oberhausen — 40.

Für internationale Protokolle: Käthor 1,2, Magdeburg 22, Guben 8, Herne 2.

Der Hauptklassiker. O. Freytag.

Achtung, Zahlstellenkassierer!

Die Abrechnung für Dezember muß bis 10. Januar in Händen des Hauptkassierers sein.

Aus den Bezirken.

Teterow i. M. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Walter Ziem 8, Nejoderstraße 26, die des Kassierers: Heinrich Schmidt, Westliche Ringstr. 81.

Sterbetafel.

Arnsdorf. Albin Schneider, 20 Jahre alt, gestorben am 14. Dezember.

Berlin. Stanislaus Jankowski, Bäcker, 43 Jahre alt, gestorben am 16. Dezember.

Erna Fichtler, 23 Jahre alt, gestorben am 21. Dezember.

Dresden. Johanna Schönher, 21 Jahre alt, gestorben am 21. Dezember.

Stuttgart. Karl Geiselhardt, Lehrling, 18 Jahre alt, verstorben durch Unglücksfall.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Nachruf. [A. 8,00]
Am 14. Dezember starb nach
langjähriger Krankheit, der
Vater

Albin Schneider
im Alter von 20 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Zahlstelle Arnsdorf

Nachruf. [A. 8,00]
Durch Unglück ist gestorben
der Lehrer

Karl Geiselhardt
im Alter von 18 Jahren.
Wir werben ihm ein ehrenbares
Andenken bewahren.
Zahlstelle Stuttgart

Spätestens am 3. Januar
ist der 2. Wochenbeitrag für 1920
(4. bis 10. Januar) fällig.

Veranstaltungs-Anzeiger

Sonntag, 4. Januar:

Cottbus. Vorm. 10 Uhr bei H. „Sum Stern“, In der Promenade.
Dortmund. Vorm. 10 Uhr, „Sum goldenen Löwen“, Kampff. 22.
Duisburg. Vorm. 10 Uhr bei H. Schulz, „Düsseldorf Hof“, Königstr. 11a.
Düsseldorf. Im Volkshaus, Königsstr. 17.
Gera. Vorm. 9, 1 Uhr im „Gotha“, Gothastr. 44.
Hera. Vorm. 10 Uhr im „Gotha“, „Sum Hainberg“.
Hann. Vorm. 10 Uhr im Gewerbehause, Wohlstr. 2.
Königsb. 1. G. 8 Uhr in der „Karlsburg“, Karlsstr. 14.
Königlich. (Konditorei) 8 Uhr in der „Schule“, Günterbergstr. 22.
Sorau. Vorm. 9, 1 Uhr im „Goldener Adler“.
Suhl 1. Th. 8 Uhr im „Domberg“ Aufstieg.

Montag, 5. Januar:

Zweckmühlen.

Dienstag, 6. Januar:

Akenburg. 8 Uhr im Gewerbehause.
Benthen. Bei Scherchin, Lärchenweg 18.
Brandenburg. 1, 2, 3 Uhr im Volkshaus, Steinstr. 42.
Frankfurt a. M. (Konditorei) 8 Uhr, Holzgraben 7.
Freiberg 1. G. 8 Uhr in „Stadt Gotha“.
Leipzig. (Konditorei) 9, 1 Uhr im „Reiterheim“, Nordstr. 17.
Meißen 1. G. 8 Uhr im Gewerbehause.
Riesenburg. 7 Uhr, Goldengasse 21.
Ulm. 6, 1 Uhr im „Herrenstall“, Herrenstraße.
Wiesbaden. (Konditorei) 8 Uhr, Restaurant „Gärtnerhof“, Michaelisberg.
Suhl 1. Th. 8 Uhr im „Weltiner Hof“.

Wittnau. 7. Januar:

Cassel. Nahrungsmittelbranche, Hohenlohestr. Werke.) 8 Uhr bei Radler.

Wittenhorst. 1, 2, 3 Uhr im „Schwarzen Bär“.

Könitzsch. 8 Uhr im „Gärtnerhof“.

Leipzig. (Bäder) 8, 10 Uhr im Volkshaus, Hoher Straße 22.

Oberholz. (Generalversammlung) 8, 10 Uhr im „Soviet“.

Plauen 1. G. Im „Schulgarten“.

Wunsiedel. 8 Uhr im „Gärtnerhof“, Wunsiedel.

Wiesbaden. (Konditorei) 8 Uhr, Restaurant „Gärtnerhof“, Michaelisberg.

Donnerstag, 8. Januar:

Borna 1. Ab. (Generalversammlung) „Im Salzgärtchen“, Hünsgasse 2.

Greifswald. 8 Uhr im Gewerbehause, Lange Reihe 10.

Hamburg-Wilhelms. 7 Uhr im Gewerbehause.

Heubrand. 8, 10 Uhr in der „Germania“, Plantier Straße.

Herford 1. Ab. 7, 8 Uhr.

Görlitz. (Konditorei) 8 Uhr, Kartuschi 11.

Striesen 1. G. 8 Uhr im „Gärtnerhof“.

Teterow. Im Gewerbehause, Wiehstr. 6.

Waldenburg 1. G. Im „Gärtnerhof“ Zur Sandmühle“, Auguststr. 2.

Worms. 8 Uhr im Gewerbehause, Ritterstr. 22.

Freitag, 9. Januar:

Apolda. 7, 8 Uhr im Gewerbehause „Gewerbe“.

Braunschweig. Im „Gärtnerhof“, Stobenstr. 2.

Erndtebrück. 8 Uhr in der Centralberge.

Oldenburg. 8 Uhr bei Gramberg, Am Markt.

Sonneberg. 10. Januar:

Bergedorf. 7, 8 Uhr im „Deutschen Haus“, Bergstr. 6.

Cassel. Bäder und Konditorei) 8 Uhr im „Gärtnerhof“, Mittelgasse.

Lebensmittel. 8 Uhr im Volkshaus, Sonnenstr. 1.

Metzge. „Im Volkshaus“ Zum Bogen“.

Seifz. „Gärtnerbranche“ 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße.

Sonntag, 11. Januar:

Alsfeld. 2 Uhr bei Böttcher, „Gärtnerbranche“.

Bernburg. Vorm. 10 Uhr im Gewerbehause, Schaffr. 27.

Breme: haben-Gießerei. 8 Uhr bei Klein, Bremerhaven, Bunge

Straße 18.

Cux. 1. Ab. Vorm. 8 Uhr bei Brätmann, Essener Straße.

Essen. „Im Bogen“ Böttcherstr. 100.

Erart. (Seifz.) 8 Uhr, „Sum Böthard“, Gotthardsstr. 44.

Frankfurt a. M. (Bädermeine.) Vorm. 10 Uhr im Gewerbehause.

Hannover. (Seifz.) 8 Uhr bei Wolf, Seifz. str. 6.

Heilbr. (Seifz.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Lehrte. (Bädermeine.) 8 Uhr im „Gärtnerhof“, Wohlstr. 10.

Leipz. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Magdeburg. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Neustadt. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Wismar. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Wuppertal. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

Zwickau. (Bädermeine.) 8 Uhr im Volkshaus, Seifz. Straße 22.

